

Niederschrift

über die

3. Sitzung des Kreistages

am

Freitag, dem 04.12.2009

N i e d e r s c h r i f t

Vorbemerkungen

- 1. Sitzungsbeginn:** 14:30 Uhr
2. Ende der Sitzung: 18:40 Uhr
3. Ort der Sitzung: Großer Sitzungssaal (4. Stock)
 Kreisverwaltung Ahrweiler

An der Sitzung nahmen teil:

Vorsitzender:

Herr Dr. Jürgen Pföhler Landrat

Mitglieder des Kreistages:

Herr Günter Bach	SPD	
Herr Ulrich van Bebber	FDP	
Herr Markus Becker	CDU	
Herr Johannes Bell	FWG	
Herr Hans-Joachim Bergmann	FWG	
Herr Hans Boes	FWG	
Herr Wilhelm Busch	CDU	
Herr Horst Daleki		
Herr Ralf Degen	FWG	
Herr Rolf Deißler	FWG	abwesend während der Abstimmung zu TOP 3
Herr Lorenz Denn	SPD	
Herr Guido Ernst	CDU	
Herr Peter Gieraths	FDP	ging nach TOP 12
Herr Roderich Graf von Spee	FDP	
Frau Charlotte Hager	CDU	
Herr Udo Heimermann	Grüne	
Frau Gabriele Hermann-Lersch	CDU	
Herr Marcel Hürter	SPD	
Frau Karin Keelan	Grüne	
Frau Katja Kerschgens	FDP	
Herr Richard Keuler	CDU	ging nach TOP 12
Frau Sabrina Koll	CDU	
Herr Michael Korden	CDU	
Herr Dr. Manfred Kürsch	FDP	ging während TOP 12
Frau Andrea Literski-Haag	CDU	
Herr Hans-Josef Marx	FWG	
Frau Ingrid Näkel-Surges	CDU	
Herr Heinz Detlef Odenkirchen	CDU	
Herr Guido Orthen	CDU	

Frau Ute Reuland	Grüne	
Frau Christel Ripoll	CDU	ging nach TOP 12
Herr Wolfgang Schlagwein	Grüne	kam während TOP 1
Herr Christoph Schmitt	SPD	
Herr Michael Schneider	CDU	
Herr Jürgen Schwarzmann	CDU	
Herr Jens Schäfer	SPD	kam während TOP 3
Herr Jochen Seifert	FWG	
Frau Christina Steinheuer	FDP	fehlte bei der Abstimmung zu TOP 8
Herr Udo Stratmann	CDU	
Frau Ingrid Strohe	CDU	
Herr Karl-Heinz Sundheimer	CDU	
Herr Ingo Terschanski	SPD	
Herr Joachim Titz	CDU	
Herr Walter Wirz	CDU	ging nach TOP 12

Kreisbeigeordnete:

Herr Horst Gies	CDU	
Herr Fritz Langenhorst	SPD	Vorsitzender während TOP 8
Herr Friedhelm Münch	FWG	

Geschäftsbereichsleiter:

Herr Harald Fuchs

Fachbereichsleiter:

Herr Klaus-Peter Kniel
Herr Erich Seul

Schriftführer:

Herr Martin Braun

Mitarbeiter der Verwaltung:

Frau Jennifer Nehring
Frau Eva Schaaf
Herr Werner Solbach

Gäste:

Herr Krüger, Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH	zu TOP 2
Herr Geschäftsführer Stephan Pauly, Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH	zu TOP 2
Herr Geschäftsführer Wilhelm Schmidt-Freitag, Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH	zu TOP 2

Entschuldigt fehlten:**Mitglieder des Kreistages:**

Frau Petra Elsner	SPD
Herr Bernd Lang	SPD

N i e d e r s c h r i f t

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand
	Öffentliche Sitzung:
1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
	Nichtöffentliche Sitzung:
2.	Nürburgring GmbH a) aktuelle Entwicklungen b) Personalien
	Öffentliche Sitzung:
3.	Bericht über den VRS-Tarif und Beschluss über die Zusatzvereinbarungen zum VRS-Ticketsortiment
4.	Feststellung des Jahresabschlusses 2008 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler (AWB)
5.	Änderung der Abfallwirtschaftssatzung und der Abfallgebührensatzung des Landkreises Ahrweiler
6.	Wirtschaftsplan für das Jahr 2010 des Abfallwirtschaftsbetriebes
7.	Zustimmung zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2008
8.	Jahresrechnung 2008; Feststellung der Jahresrechnung 2008 und Entlastung des Landrates und der Kreisbeigeordneten
9.	Öffentliche Bekanntmachungen des Landkreises Ahrweiler
10.	Änderung der Satzung und der Richtlinien des Landkreises Ahrweiler über die Schülerbeförderung
11.	Wirtschaftsplan für das Jahr 2010 des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement
12.	Haushaltsberatungen 2010; a) Haushaltsberatungen und Haushaltssatzung b) Haushaltssatzung Gertrud-Pons-Stiftung
13.	Bestellung der in den Integrationsbeirat des Landkreises Ahrweiler zu berufenden Mitglieder
14.	Anfragen nach § 19 der Geschäftsordnung
15.	Einwohnerfragestunde

Öffentliche Sitzung

1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
---	---

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Anschließend verpflichtete er Frau Ripoll (CDU) namens des Landkreises durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten.

Der Kreistag stellte einstimmig die Dringlichkeit der Angelegenheit „Nürburgring GmbH a) aktuelle Entwicklungen b) Personalien“ fest und nahm den Gegenstand als nichtöffentlichen Punkt 2 in die Tagesordnung auf, sodass sich die nachfolgenden Tagesordnungspunkte entsprechend verschoben.

Herr Deißler (FWG) zog den Antrag der FWG-Fraktion vom 02.12.2009 auf Aufnahme der Angelegenheit „Resolution der Fraktionen zur Finanzlage“ auf die Tagesordnung zurück und kündigte an, diesen Antrag als Antrag zum Haushalt stellen zu wollen.

Herr Denn (SPD) schlug vor, die Tagesordnungspunkte 4 „Feststellung des Jahresabschlusses 2008 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler (AWB)“, 9 „Änderung der Abfallwirtschaftssatzung und der Abfallgebührensatzung des Landkreises Ahrweiler“ und 10 „Wirtschaftsplan für das Jahr 2010 des Abfallwirtschaftsbetriebes“ aufgrund des Sachzusammenhangs direkt nacheinander zu beraten.

Hiermit erklärten sich die Mitglieder des Kreistages einstimmig einverstanden.

3	Bericht über den VRS-Tarif und Beschluss über die Zusatzvereinbarungen zum VRS-Ticketsortiment
---	--

Nach einigen einleitenden Worten von Herrn Dr. Schmidt-Freitag, Geschäftsführer der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS), stellte Herr Krüger, VRS, die Zwischenbilanz des VRS-Tarifs sowie die Änderungen des VRS-Ticketsortiment anhand einer Powerpoint-Präsentation vor.

Wortbeiträge kamen von Frau Näkel-Surges (CDU), Frau Reuland (Bündnis 90/Die Grünen) und Herrn Marx (FWG).

Beschluss:

1. Der Kreistag nahm die Ausführungen zum VRS-Tarif zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wurde beauftragt, die Zusatzvereinbarung zum VRS-Ticketsortiment abzuschließen.

einstimmig beschlossen

4	Feststellung des Jahresabschlusses 2008 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler (AWB)
5	Änderung der Abfallwirtschaftssatzung und der Abfallgebührensatzung des Landkreises Ahrweiler
6	Wirtschaftsplan für das Jahr 2010 des Abfallwirtschaftsbetriebes

Entsprechend dem Vorschlag von Herrn Denn (SPD) unter Tagesordnungspunkt 1 wurden die Tagesordnungspunkte „Feststellung des Jahresabschlusses 2008 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler (AWB)“, „Änderung der Abfallwirtschaftssatzung und der Abfallgebührensatzung des Landkreises Ahrweiler“ und „Wirtschaftsplan für das Jahr 2010 des Abfallwirtschaftsbetriebes“ gemeinsam beraten.

Zu vorgenannten Tagesordnungspunkten äußerten sich Herr Becker (CDU), Herr van Bebber (FDP), Herr Schmitt (SPD), Herr Bell (FWG), Herr Busch (CDU) und Herr Denn (SPD).

Anschließend wurde über die Beschlussvorschläge der Verwaltung sowie über den Antrag der FDP-Fraktion zum „Wirtschaftsplan für das Jahr 2010 des Abfallwirtschaftsbetriebes“ wie folgt abgestimmt:

Beschluss:

Der Kreistag stellte den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler zum 31.12.2008 mit einer Bilanzsumme von 17.746.288,82 € und einem Jahresgewinn von 370.211,75 € fest.

Die Eigenkapitalverzinsung von 100.601,58 € soll in die allgemeine Rücklage eingestellt werden. Der verbleibende Jahresgewinn von 269.610,17 € ist auf neue Rechnung vorzutragen.

einstimmig beschlossen

Beschluss:

Der Kreistag beschloss die Änderungssatzung in der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügten Fassung.

einstimmig beschlossen

Antrag der FDP-Fraktion:

Die im Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes 2010 zusätzlich ausgewiesenen Stellen

- 1 Stelle Beschäftigter E 10 (Ifd. Nr. 10 der Stellenübersicht) und
- 2 Stellen Beschäftigte E 5 (Ifd. Nr. 16)

werden mit einem Sperrvermerk versehen.

Die Sperrvermerke können nach Vorlage einer entsprechenden Personalbedarfsanalyse durch den Werksausschuss aufgehoben werden.

Antrag angenommen

Ja-Stimmen: 27

Nein-Stimmen: 16

Enthaltungen: 2

Beschluss:

Der Kreistag beschloss den Wirtschaftsplan 2010 für den Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ahrweiler in der vorgelegten Fassung.

einstimmig beschlossen

7	Zustimmung zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2008
---	---

Beschluss:

Aufgrund des § 57 der Landreisordnung in Verbindung mit § 100 Abs. 1 Gemeindeordnung in Verbindung mit § 2 Abs. 2 Ziffer 3 der Hauptsatzung des Landkreises Ahrweiler genehmigte der Kreistag die Haushaltsüberschreitungen im Verwaltungshaushalt bei den Haushaltsstellen

- 4170.6710 von 485.269,92 EUR,
- 4170.7477 von 457.035,61 EUR und
- 4557.7700 von 702.595,68 EUR.

einstimmig beschlossen

8	Jahresrechnung 2008; Feststellung der Jahresrechnung 2008 und Entlastung des Landrates und der Kreisbeigeordneten
---	--

Wegen Sonderinteresses waren Herr Landrat Dr. Pföhler, sowie die damaligen Kreisbeigeordneten Frau Näkel-Surges (CDU), Herr Gies (CDU) und Frau Hager (CDU) von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen. Sie nahmen während der Behandlung des Tagesordnungspunktes im Zuhörerraum Platz.

Den Vorsitz übernahm Herr Kreisbeigeordneter Langenhorst (SPD).

Es erfolgten Wortmeldungen von Herrn Schneider (CDU), Herrn Denn (SPD) und Herrn Boes (FWG).

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stellte die Jahresrechnung 2008 in der von der Verwaltung im Rechenschaftsbericht vom 07.05.2009 dargelegten Form fest.

Er erteilte für das Haushaltsjahr 2008 Herrn Landrat Dr. Jürgen Pföhler sowie den Kreisbeigeordneten Frau Ingrid Näkel-Surges, Herrn Horst Gies und Frau Charlotte Hager Entlastung.

einstimmig beschlossen

9	Öffentliche Bekanntmachungen des Landkreises Ahrweiler
---	--

Der Vorsitzende beantwortete eine Frage von Herrn Stratmann (CDU).

Beschluss:

Der Kreistag beschloss gemäß § 1 Abs. 1 der am 09.10.2009 geänderten Hauptsatzung, dass die öffentlichen Bekanntmachungen des Landkreises Ahrweiler ab dem 01.01.2010 in den Ausgaben „BLICK aktuell“ des Krupp Verlags erfolgen.

einstimmig beschlossen

10	Änderung der Satzung und der Richtlinien des Landkreises Ahrweiler über die Schülerbeförderung
----	--

Beschluss:

Der Kreistag beschloss die Änderung der Satzung und der Richtlinien des Landkreises Ahrweiler über die Schülerbeförderung in den der Niederschrift als **Anlagen 2 und 3** beigefügten Fassungen.

einstimmig beschlossen

11	Wirtschaftsplan für das Jahr 2010 des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement
----	---

An der Aussprache beteiligten sich Herr Denn (SPD), Herr Schlagwein (Bündnis 90/ Die Grünen), Herr Deißler (FWG), Herr van Bebber (FDP) und Herr Sundheimer (CDU).

Nachdem der Vorsitzende erklärt hatte, dass das Thema Schulentwicklungsplanung im März 2010 unter Hinzuziehung von Herrn Krämer-Mandeu, Projektgruppe Bildung und Region, in den Gremien beraten werden müsse, um über die Anträge auf Einrichtung von Fachoberschulen an den Realschulen plus entscheiden zu können, zog Herr Denn (SPD) folgenden Antrag der SPD-Fraktion zurück:

Antrag der SPD-Fraktion:

Die Schülerentwicklungsplanung für den Planungsraum der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler wird aktualisiert. Hierbei soll insbesondere auch die Unterbringungssituation des Peter-Joerres-Gymnasiums für den Zeitraum bis 2020 untersucht werden. Die diesbezüglichen Ergebnisse sollen dem Werksausschuss des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement vor den Osterferien vorgelegt werden, damit ggf. erforderliche Maßnahmen für das Schuljahr 2010/2011 rechtzeitig auf den Weg gebracht werden können.

Beschluss:

Der Kreistag beschloss den Wirtschaftsplan 2010 für den Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement des Landkreises Ahrweiler in der vorgelegten Fassung.

Weiter beschloss der Kreistag auf der Grundlage des § 89 Abs. 1 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO), den Jahresabschluss 2009 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO - Deutsche Warentreuhand AG prüfen und testieren zu lassen.

einstimmig beschlossen

12	Haushaltsberatungen 2010; a) Haushaltsberatungen und Haushaltssatzung b) Haushaltssatzung Gertrud-Pons-Stiftung
----	---

Der Vorsitzende nahm zum Haushalt 2010 Stellung. An der sich anschließenden Aussprache beteiligten sich Herr Schlagwein (Bündnis 90/Die Grünen), Herr Deißler (FWG), Herr Seifert (FWG), Herr van Bebber (FDP), Herr Sundheimer (CDU), Herr Denn (SPD), Frau Näkel-Surges (CDU), Herr Schneider (CDU), Herr Wirz (CDU) und Herr Hürter (SPD).

Über die Einzelanträge wurde wie folgt abgestimmt:

Von der CDU-Fraktion modifizierter Antrag der FWG-Fraktion:

Der Kreistag beschließt folgende Resolution der Fraktionen zur Finanzlage mit der Bitte um Weiterleitung an den Landkreistag mit den zuständigen Gremien zwecks Koordination mit anderen Landkreisen:

„Die Finanzlage der rheinland-pfälzischen Kreise hat sich trotz engagierter und umfangreicher Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen für das Jahr 2010 durch den Rückgang an Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage, sowie durch höhere Ausgabenbelastungen, insbesondere im Sozialbereich, so verschlechtert, dass fast alle Kreise, viele zum wiederholten Male, keinen ausgeglichenen Haushalt aufstellen können. Diese Situation ist in der Geschichte einmalig.“

Eine erhebliche Verantwortung für diese Finanznot trägt auch das Land Rheinland-Pfalz. Im Verhältnis zu ihren gesetzlich normierten Aufgaben sind die Kreise strukturell unterfinanziert. Daher bedarf es einer zielgerichteten Unterstützung durch den Gesetzgeber. Das Land wird aufgefordert, das Finanzausgleichsgesetz umgehend zu ändern und die Allgemeinen Finanzaufweisungen deutlich zu erhöhen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Beteiligung an der Finanzierung der Sozialausgaben, insbesondere bei den Kosten für Hartz IV, auf das ursprüngliche Ziel (Entlastung von 2,5 Mrd. €) einzustellen. Das Abrücken von dieser Intention kostet die kommunalen Grundsicherungsträger in Rheinland-Pfalz jährlich ca. 100 Mio. €. Der Landkreis Ahrweiler unterstützt damit nachhaltig die Forderungen des Landkreistages Rheinland-Pfalz zur Finanzlage.“

Antrag angenommen

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen: 9

Enthaltungen: 1

Antrag der FDP-Fraktion:

Im ersten Halbjahr 2010 wird eine systematische Aufgabenkritik vorgenommen. Ziel ist es, nach einer Aufgabenanalyse eine umfassende Zweck- und Vollzugskritik durchzuführen und Einsparpotenziale zu ermitteln.

Dabei soll vor allem geklärt werden:

- Welche freiwilligen Aufgaben und Ausgaben können reduziert werden beziehungsweise ganz entfallen?
- Wo und wie können Abläufe und Strukturen besser gestaltet werden?
- Welche Aufgaben können eventuell ganz entfallen?

Der gesamte Prozess wird durch den Arbeitskreis Politik/Verwaltung begleitet.

Antrag angenommen

Ja-Stimmen: 33

Nein-Stimmen: 4

Enthaltungen: 7

Antrag der SPD-Fraktion:

Auf die im Verwaltungsentwurf vorgesehene Erhöhung der Kreisumlage um 1,5%-Punkte wird verzichtet.

Die im Vergleich zum Entwurf der Verwaltung entstehenden Mindereinnahmen werden durch eine pauschale Kürzung in Höhe von 1% der Ausgaben des Finanzhaushaltes kompensiert.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Kreis- und Umweltausschuss zeitnah geeignete Maßnahmen vorzuschlagen. Die Erkenntnisse des Moderationsprozesses zu den Teilhaushalten 8 und 9 sollen entsprechend berücksichtigt werden.

Antrag abgelehnt

Ja-Stimmen: 6

Nein-Stimmen: 36

Enthaltungen: 2

Antrag der SPD-Fraktion:

Es werden Mittel in Höhe von 80.000 € eingestellt, um eine Moderation und Beratung zu den Teilhaushalten 8 und 9 zu finanzieren.

Im Rahmen dieser Beratung sollen der Kreis- und Umweltausschuss, die Kreisverwaltung sowie der externe Moderator gemeinsam Maßnahmen erarbeiten, wie die Leistungen der betroffenen Haushalte effizienter erbracht und die Aufwendungen mittelfristig signifikant reduziert werden können.

Antrag abgelehnt

Ja-Stimmen: 7

Nein-Stimmen: 37

Enthaltungen: 0

Antrag der FDP-Fraktion:

Die Sozialausgaben in den Teilhaushalten 8 und 9 in Höhe von insgesamt 96,5 Millionen € werden einer umfassenden Untersuchung unterzogen mit dem Ziel, diese um ein Prozent, also um rund 1.000.000 €, abzusenken.

Im ersten Halbjahr 2010 wird eine umfassende Analyse der einzelnen Ausgabeposten, Strukturen und Abläufe vorgenommen. Ziel ist es, die bereits in der Vergangenheit von der Verwaltung durchgeführten erfolgreichen Bestrebungen zur Einsparung von Kosten fortzusetzen, zu verstärken und im Rahmen einer systematischen und flächendeckenden Analyse die ständig wachsenden Sozialausgaben nachhaltig zu stabilisieren und langfristig zu senken. Durch intelligente Lösungen soll mit weniger Geld die gleiche oder bessere Leistung erreicht werden. Bei Bedarf wird diese Untersuchung durch externe Beratung unterstützt.

Antrag angenommen

Ja-Stimmen: 33

Nein-Stimmen: 4

Enthaltungen: 7

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die im Teilhaushalt 13 für den geplanten Neubau der Kreisstraße 35 bei Holzweiler/ Esch für 2010 eingestellten 70.000 € (Grunderwerb) sowie die für die Jahre 2012 und 2013 eingestellten 1,2 Mio € (incl. Landeszuwendungen) werden gestrichen (Teilhaushalt 13 Produkt 5420 - Kreisstraßen - Maßnahme 109).

Antrag abgelehnt

Ja-Stimmen: 8

Nein-Stimmen: 34

Enthaltungen: 2

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Das Ziel eines Beitritts in den Verein Region Köln/Bonn e.V. wird weiter verfolgt und der bisher vorgesehene jährliche Mitgliedsbeitrag in Höhe 68.000 € zunächst im Haushalt belassen (Teilhaushalt 15 Produkt 5710 - Wirtschaftsförderung).

Antrag abgelehnt

Ja-Stimmen: 4
 Nein-Stimmen: 40
 Enthaltungen: 0

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Zuwendung in Höhe von je 158.650 € für die Jahre 2010 (Verpflichtungsermächtigung) und 2011 für den Innovationspark Rheinland wird gestrichen (Teilhaushalt 15 Produkt 5710 – Wirtschaftsförderung – Maßnahme 703).

Antrag abgelehnt

Ja-Stimmen: 7
 Nein-Stimmen: 35
 Enthaltungen: 2

Antrag der CDU-Fraktion:

In den Haushaltsplan 2010 wird eine Gewinnabführung der Kreissparkasse Ahrweiler in Höhe von 500.000 € eingestellt.

Der Antrag wird gleichzeitig mit der Erwartung verbunden, dass der Verwaltungsrat der Kreissparkasse Ahrweiler gemäß § 8 Abs. 2 Ziffer 8 Sparkassengesetz im Rahmen der Beschlussfassung über die Verwendung des Jahresüberschusses entsprechend entscheidet.

Antrag angenommen

Ja-Stimmen: 35
 Nein-Stimmen: 8
 Enthaltungen: 1

Abstimmung zum Gesamthaushalt:***Beschlüsse:***

Auf der Grundlage der §§ 17 und 57 der Landkreisordnung für Rheinland-Pfalz vom 31.1.1994 (GVBl. S. 188) in Verbindung mit den §§ 95 ff. Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz vom 31.1.1994 (GVBl. S. 153) in der jeweils geltenden Fassung beschloss der Kreistag

1. die Haushaltssatzung des Landkreises Ahrweiler für das Jahr 2010 wie folgt:**§ 1****Ergebnis- und Finanzhaushalt**

Festgesetzt werden

1. im Ergebnishaushalt

der Gesamtbetrag der Erträge auf	126.425.394 Euro
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	133.822.084 Euro
der Jahresüberschuss / der Jahresfehlbetrag auf	7.396.690 Euro

2. im Finanzhaushalt

die ordentlichen Einzahlungen auf	123.562.656 Euro
die ordentlichen Auszahlungen auf	128.187.771 Euro
der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	4.625.115 Euro
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
die außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
der Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	2.435.820 Euro
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	4.913.720 Euro
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	2.477.900 Euro
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	7.586.456 Euro
die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	483.441 Euro
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	7.103.015 Euro
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	133.584.932 Euro
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	133.584.932 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	0 Euro

§ 2**Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite**

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird festgesetzt für

zinslose Kredite auf	0 Euro
verzinsten Kredite auf	2.377.900 Euro
zusammen auf	2.377.900 Euro

§ 3**Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen**

Der Gesamtbetrag der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Verpflichtungsermächtigungen) führen können, wird festgesetzt auf 388.650 Euro

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf 388.650 Euro

§ 4**Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung**

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf 15.000.000 Euro

§ 5**Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für Sondervermögen**

Die Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für Sondervermögen mit Sonderrechnungen werden festgesetzt

1. Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Abfallwirtschaftsbetriebes auf	0 Euro
des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement auf	0 Euro
zusammen auf	0 Euro
2. Kredite zur Liquiditätssicherung des Abfallwirtschaftsbetriebes auf	1.000.000 Euro
des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement auf	5.000.000 Euro
zusammen auf	6.000.000 Euro
3. Verpflichtungsermächtigungen des Abfallwirtschaftsbetriebes auf	600.000 Euro
des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement auf	0 Euro
zusammen auf	600.000 Euro
darunter:	
Verpflichtungsermächtigungen des Abfallwirtschaftsbetriebes, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen	0 Euro
darunter:	
Verpflichtungsermächtigungen des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen	0 Euro
zusammen auf	0 Euro

§ 6**Kreisumlage**

Gemäß § 25 Abs. 2 Landesfinanzausgleichsgesetz (LFAG) vom 30. November 1999 (GVBl. S. 415), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. März 2006 (GVBl. S. 57,) erhebt der Landkreis von allen kreisangehörigen Gemeinden eine Kreisumlage. Der Umlagesatz wird auf 40,1 v.H. festgesetzt.

§ 7**Eigenkapital**

Der Kreistag hat in der Sitzung am 9.10.2009 die Eröffnungsbilanz zum 1.1.2009 festgestellt. Der Stand des Eigenkapitals zum 1.1.2009 betrug 45.649.179,56 Euro. Abhängig von der jeweiligen Haushaltsentwicklung beträgt der Stand des Eigenkapitals zum 31.12.2009 voraussichtlich 43.166.327,56 Euro und zum 31.12.2010 voraussichtlich 36.269.637,56 Euro.

§ 8**Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen**

Auf über- und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 GemO finden § 2 Abs. 2 Ziffer 3 und § 3 Ziffer 1 der Hauptsatzung des Landkreises Ahrweiler Anwendung.

§ 9 Wertgrenze für Investitionen

Investitionen oberhalb der Wertgrenze von 60.000 Euro sind im jeweiligen Teilhaushalt einzeln darzustellen.

§ 10 Altersteilzeit

Die Bewilligung von Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamten wird in 3 Fällen zugelassen. Die Bewilligung von Altersteilzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird in 3 Fällen zugelassen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 38

Nein-Stimmen: 6

Enthaltungen: 0

2. das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2009 bis 2013 in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 41

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 3

3. den Haushaltsplan der Gertrud-Pons-Stiftung in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung.

einstimmig beschlossen

4. Testierung des Jahresabschlusses 2009

Weiter beschloss der Kreistag, die Jahresrechnung 2009 vor ihrer Feststellung durch den Kreistag durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Dornbach & Partner GmbH prüfen und testieren zu lassen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 43

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 1

5. Der Kreistag nahm den Beteiligungsbericht gemäß § 90 Abs. 2 Gemeindeordnung zur Kenntnis.

13	Bestellung der in den Integrationsbeirat des Landkreises Ahrweiler zu berufenden Mitglieder
----	---

Der Kreistag beschloss einstimmig, die folgende Wahl in offener Abstimmung durchzuführen.

Der Kreistag bestellte gemäß § 2 der Satzung des Landkreises Ahrweiler für Migration und Integration (Integrationsbeirat) vom 08.07.2009 auf gemeinsamen Vorschlag aller politischen Gruppen Herrn Guido Ernst, Bad Breisig (CDU) und Herrn Ingo Terschanski, Sinzig (SPD) zu berufenden Mitgliedern in den Integrationsbeirat des Landkreises Ahrweiler.

Beide nahmen die Wahl an.

einstimmig gewählt

Ja-Stimmen: 38

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 1

14	Anfragen nach § 19 der Geschäftsordnung
----	---

Von der Verwaltung wurde eine Anfrage von Herrn Denn (SPD) beantwortet. Diese bezog sich auf die Aufstellung der voraussichtlichen Verbindlichkeiten aller Städte, Verbandsgemeinden und Gemeinden im Landkreis Ahrweiler zum 31.12.2009, falls diese noch nicht vorliegen sollten, zum 31.12.2008.

Die Anfrage sowie die Antwort der Verwaltung wurden verteilt.

15	Einwohnerfragestunde
----	----------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen der Verwaltung keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende:

Der Vorsitzende
während TOP 8

Der Schriftführer:

Dr. Jürgen Pföhler
Landrat

Fritz Langenhorst
Kreisbeigeordneter

Braun
Oberamtsrat